Gemeinde Strengen

A-6571 Strengen

Strengen, am 18.03.2019
e-mail:gemeinde@strengen.at**PROTOKOLL Nr.02/2019****der Gemeinderatsbeschlüsse vom 08.03.2019**

im Sitzungssaal der Gemeinde Strengen

Beginn: 20 Uhr

Ende: 23 Uhr

Anwesend: Bgm. Ing. Sieß Harald, Vzbgm.Zangerl Reinhard, Sieß Edi,Neuhauser Gernot,Mark Simon, Hellweger Werner, Zangerl Wolfgang, Zangerl Wolfgang, Zangerl Heiko als Ersatz für Haueis Friedrich,Zangerl Manfred,Haueis Beate, Seifert Kathrin, Senn Bertram als Ersatz für Senn Ewald,Juen Richard

Entschuldigt: Senn Ewald, Haueis Friedrich

Zuhörer: 24 Personen incl. Vertreter der Bezirksblätter

Tagesordnung:

1. Lesung und Genehmigung des Protokolls vom 24.01.2019
2. Bericht des Bürgermeisters
3. Beratung und Beschlussfassung zur Vergabe der Konzeptüberarbeitung der dritten Häuserzeile in der Siedlung Kramategg
4. Beratung und Beschlussfassung zur Änderung der Vereinbarung und Satzung des Gemeindeverbandes zur Förderung des Krankenhaus St.Vinzenz,Zams
5. Beratung und Beschlussfassung zum Zuschussvertrag zur Verlustabdeckung der Linie 5 (VVT)
6. Beratung zum Ansuchen über Grundkauf einer Teilfläche aus der Gp.2430/1 im Bereich, Klaus
7. Beratung und Beschlussfassung zur Auflage und Erlassung der angesuchten Flächenwidmungsplanänderung im Bereich der Gp.955, Brunnen
8. Beratung und Beschlussfassung zum Ansuchen der Fa. Erdbau Siegl zur Verfügungsstellung einer Grundfläche im Riefnerwald hinsichtlich der Errichtung einer Bodenaushubdeponie
9. Personalangelegenheiten
10. Anfragen, Anträge, Allfälliges

Bgm. Ing. Sieß Harald begrüßt die Gemeinderäte/innen, sowie Zuhörer und stellt die Beschlussfähigkeit nach § 44 TGO fest.

Auf Antrag von GR. Zangerl W. wird folgender Zusatzpunkt einstimmig in die TO aufgenommen.

Zusatzpunkt: Beratung und Beschlussfassung zu dringend notwendigen Sanierungsmaßnahmen Quelfassung Alpe Boden.

Aufgrund, der doch großen Anzahl an Zuhörer, die betreffend dem TO.Pkt.8 anwesend sind, stellt der Bgm.Ing.Sieß den Antrag diesen Tagesordnungspunkt als erstes zu behandeln. Der GR. ist einstimmig dafür dies so zu erledigen.

8. Beratung und Beschlussfassung zum Ansuchen der Fa. Erdbau Siegl zur Verfügungsstellung einer Grundfläche im Riefnerwald hinsichtlich der Errichtung einer Bodenaushubdeponie

Der Bürgermeister Ing.Sieß Harald erläutert wie es zu den bereits 2 bestehenden Deponien im Riefnerwald gekommen ist. Der Auslöser dafür waren die Murereignisse in der Gemeinde Pettneu – Schnann. Das Land Tirol hat in Abstimmung mit der Gemeinde Strengen diese zwei Notfalldeponien errichtet. Die Gemeinde Strengen hat sich in diesem Zuge für den Eigengebrauch 83.000 m³ Schüttvolumen reserviert. Aufgrund dringendem Eigenbedarf hat die Fa.Erdbau Siegl daraufhin im Herbst 2018 den Gemeindevorstand der Gemeinde Strengen kontaktiert, ob eventuell ein Teil der Menge von der Gemeinde käuflich erworben werden könnte. Das wurde seitens des GV abgelehnt, da dies die Gemeinde selber notwendig benötigt. Darauffolgend gab es am 4.Februar 2019 mit Erdbau Siegl Thomas jun. neuerlich ein Gespräch mit dem Gemeindevorstand. Da stellte sich die Frage der FA. Siegl ob sich die Gemeinde Strengen die Zurverfügungstellung einer Grundfläche im Riefnerwald im Bereich der im Gemeindegutsagrargemeinschaftswaldes zur Errichtung einer eigenen Deponie vorstellen könnte. Der GV hat über sämtliche Vor- und Nachteile darüber im Beisein der FA. Siegl beraten. Siegl Thomas jun.war der Auffassung, dass dies seitens des GV eher positiv bewertet wurde. Daraufhin hat Erdbau – Siegl ein entsprechendes Ansuchen vom 11.2.2019 (Eingang Gemeindestempel – 01.03.2019) eingebracht. Der Bürgermeister verliest das vorliegende Ansuchen. Dabei werden Zahlen und Fakten vorgebracht, wobei es sich dabei lediglich um Vorschläge der Fa.Siegl Erdbau handelt und diese im Falle einer grundsätzlichen Zustimmung des Gemeinderates zur Deponie noch im Detail aus zu verhandeln sind.

Der Gemeinderat hat nur eine grundsätzliche Entscheidung zu fassen, ob überhaupt eine Fläche durch die Gemeinde zur Verfügung gestellt werden soll. Dadurch könnten die weiteren behördlichen Vorgänge in die Wege geleitet werden. Das heißt aber noch lange nicht, dass diese Genehmigungen seitens der Behörde usw. erteilt werden und somit auch das Entstehen der Deponie verwirklicht wird. Im Vorfeld

wurde auch vom Obmann der Gemeindegutsagrargemeinschaft Mair Walter eine Stellungnahme abgegeben, wo bekundet wird, dass eine dritte Deponie in diesem Bereich nicht tragbar bzw. gerechtfertigt ist und dies unverantwortlich wäre.

Aufgrund der Kundmachung der TO zur heutigen GR.Sitzung wurden die Anrainer aktiv und starteten eine Unterschriftenaktion gegen dieses Vorhaben zur Erstellung einer 3.Bodenaushubdeponie im Riefnerwald. Unterschriften von 269 Gemeindebürgern gegen die Erstellung einer weiteren Deponie wurde dem Bürgermeister übergeben. Der Bgm.erteilt einem Sprecher der Anrainer das Wort zur Stellungnahme. Es entsteht eine etwas emotionale Diskussion, wo sich einige der anwesenden Zuhörer zu dieser Angelegenheit kritisch äußern. Es wird bemängelt, dass noch im Vorfeld die Gemeindebürger, dazu etwas informiert wurden. GV. Hellweger bestätigt, dass er sich schon bei den Vorgesprächen zu dieser Angelegenheit kritisch und bedenklich geäußert hat. Darauf hat er als Pflicht gesehen die betroffenen Bürger darüber zu informieren. Daraufhin hat er von Vzbg. Zangerl R. Kritik geerntet, dass man diese sensiblen Angelegenheiten nicht außerhalb des GV hinaustragen sollte.

Aufgrund dieser Situation nimmt nochmals der Deponiewerber Erdbau Siegl Stellung. Seiner Meinung nach hätte er vom GV das Gefühl gehabt, dass das Projekt schon befürwortet würde. 24 h später hat die Bevölkerung schon von seinem geplanten Vorhaben gewußt. Da er noch länger als anerkannter Gemeindebürger in Strengen leben möchte zieht er dieses Ansuchen zurück. Damit hat der Gemeinderat die Entscheidung zu dieser Abstimmung nicht mehr zu treffen.

Die Zuhörer verlassen aufgrund der Situation, dass das Vorhaben zur Erstellung einer weiteren Deponie zurückgezogen wurde die Sitzung und sind zufrieden.

Es folgt noch eine etwas aufgebachte Diskussion im Gemeinderat, wie dies alles zustande kam bzw. wie man solche Aktionen in Zukunft etwas geschickter lösen könnte. Der Bgm. bricht diese Diskussion ab und geht in der TO zum nächsten Punkt über.

1. Lesung und Genehmigung des Protokolls vom 24.01.2019

Das Protokoll vom 24.1.2019 wurde jedem Gemeinderat, sowie den ersten 3 Ersatzmitgliedern per e-mail übermittelt. Es gibt keine Wortmeldungen bzw. Ergänzungen und Einwendungen dazu. Auf ein Verlesen wird einstimmig verzichtet und das Protokoll wird von den anwesenden Mitgliedern genehmigt und unterzeichnet.

2. Bericht des Bürgermeisters

Der Bürgermeister bringt nachfolgende Termine seit der letzten GR-Sitzung zur Kenntnis.

- Besprechung mit Hauseigentümer Rudigier und Spiss Kramategg zu eventuellen Parkplätzen östlich von ihren Wohnhäuser
- Besprechung mit VVT bzgl. Zuschussvertrag Linie 5
- Aussprache mit Kulturausschuss, Obmänner, Vzbgm. bzgl. Faschingsumzug
- JH-Versammlung Heimatbühne Neuwahlen – Dank an Gde.
- Veranstaltungen Schiklub (Kinderschirennen u. Tourenlauf)
- Besprechung Almpersonal Dawin
- Bauangelegenheiten – Aussprache mit SV Rainer Michael
- Kassaprüfung Abwasserverband
- Sitzung Kulturausschuss – Faschingsumzug und Muttertagfeier
- Kassaprüfung NMS Vorderes Stanzertal
- Sitzung örtlicher Bauausschuss – Aussprache zu anstehenden BV
- Grenzverhandlung Wiestner Bruno Klaus
- Faschingsumzug 3.3.2019
- Bericht zur GV Sitzung vom 6.3.2019
- BH-Schwendinger Lebensmittelaufsicht – Aussprache zur Küche Realisierung in Alpe Dawin

3. Beratung und Beschlussfassung zur Vergabe der Konzeptüberarbeitung der dritten Häuserzeile in der Siedlung Kramategg

Obmann Bauausschuss Simon Mark informiert den GR über die Vorgangsweise zur Erstellung der 3.Häuserzeile in der Siedlung Kramategg. Dies wurde mit Bgm. so besprochen. Zur Angebotslegung wurden 3 Planungsbüro eingeladen. Bis zum Abgabetermin sind 3 Angebote und 1 Angebot danach beim Gemeindeamt eingegangen. Nach Angebotsprüfung ist Bestbieter/Billigstbieter das Büro legos Architektur ZT GmbH., Hinterfeldweg 8,6511 Zams.

Kontaktaufnahme mit Büro Legos ist zwischenzeitlich schon erfolgt, damit diese Angelegenheit so schnell wie möglich weiter bearbeitet werden kann.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig diesen Auftrag an das Büro legos Architektur ZT GmbH., Hinterfeldweg 8,6511 Zams zum Angebotspreis von € 1.200,00 inkl.20 % Mwst. zu erteilen.

Folgendes ist im Angebot enthalten: Überarbeitung des Bebauungskonzeptes inkl. Interner Einteilung der Gebäude und zwei Besprechungsterminen.

4. Beratung und Beschlussfassung zur Änderung der Vereinbarung und Satzung des Gemeindeverbandes zur Förderung des Krankenhaus St.Vinzenz, Zams

Der Bürgermeister erläutert dem Gemeinderat aufgrund des Strukturplan Pflege von 2012 – 2022 für die Bezirke Landeck und Imst Einrichtungen für die Übergangspflege und Schwerpunktpflege vorgesehen sind. Dies sollte in Krankenhausnähe sein.

Die Übergangspflegestation soll daher gemeinsam mit der Erweiterung des Seniorenzentrums Zams-Schönwies an diesem Standort errichtet werden. Die Schwerpunktpflegestation wird aus diesen Gründen vorerst aufgeschoben. Es ist vorgesehen, die Abwicklung der beiden Pflegestationen an den Verband zur Förderung des Krankenhaus St.Vinzenz, Zams anzugliedern.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig nachfolgende Vereinbarung und Satzung des Gemeindeverbandes zur Förderung des Krankenhaus St.Vinzenz, Zams wie vorliegend:

I.

VEREINBARUNG

- (1) Die Gemeinden der Bezirke Imst und Landeck, das sind die Gemeinden Arzl i.P., Faggen, Fendels, Fiss, Fließ, Flirsch, Galtür, Grins, Haiming, Imst, Imsterberg, Ischgl, Jerzens, Kappl, Karres, Karrösten, Kaunerberg, Kaunertal, Kauns, Ladis, Landeck, Längenfeld, Mieming, Mils b. Imst, Mötz, Nassereith, Nauders, Obsteig, Oetz, Pettneu a.A., Pfunds, Pians, Prutz, Ried i.O., Rietz, Roppen, St. Anton a.A., St. Leonhard i.P., Sautens, Schönwies, See, Serfaus, Silz, Sölden, Spiss, Stanz b.L., Stams, Strengen, Tarrenz, Tobadill, Tösens, Umhausen, Wenns und Zams vereinbaren gemäß § 129 der Tiroler Gemeindeordnung 2001, einen Gemeindeverband zu bilden.
- (2) Der Gemeindeverband trägt den Namen „Gemeindeverband zur Förderung des Krankenhauses St. Vinzenz, Zams, sowie zur Errichtung, Betrieb und Erhaltung der Schwerpunkt- und Übergangspflegeeinrichtung für die Bezirke Imst und Landeck“, wobei kurzgefasst derselbe „Gemeindeverband St.Vinzenz“ bezeichnet wird. Er hat seinen Sitz in Zams.
- (3) Der Gemeindeverband ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts.
- (4) Der Gemeindeverband hat folgende Aufgaben:
 - a) die Vertretung der Interessen der Gemeinden der Bezirke Imst und Landeck gegenüber der Kongregation der Barmherzigen Schwestern des Hl. Vinzenz von Paul als dem Rechtsträger des allgemeinen öffentlichen Krankenhauses St. Vinzenz, Zams;

- b) die Leistung von allenfalls erforderlichen Zuschüssen zu dem sich aus dem Betrieb des Krankenhauses Zams ergebenden Abgang und die Leistung von allenfalls erforderlichen Zuschüssen zu Investitionen für das Krankenhaus St. Vinzenz, Zams;
- c) die Errichtung, der Betrieb und die Erhaltung einer Schwerpunkt- und Übergangspflegeeinrichtung für die Bezirke Imst und Landeck.

II.

SATZUNG DES GEMEINDEVERBANDES

Für diesen Gemeindeverband wird folgende Satzung erlassen:

§ 1

Organe

- (1) Die Organe des Gemeindeverbandes sind:
 - a) die Verbandsversammlung,
 - b) der Verbandsausschuss,
 - c) der Verbandsobmann.
 - d) ein Vertreter der Bediensteten des Gemeindeverbandes

§ 2

Verbandsversammlung

- (1) Gemäß § 135 Absatz 1 TGO besteht die Verbandsversammlung aus dem Verbandsobmann und dessen Stellvertreter sowie den Bürgermeistern der dem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden.
- (2) Die Bürgermeister werden im Falle ihrer Verhinderung durch die Bürgermeister-Stellvertreter der Reihe nach und bei deren Verhinderung durch das jeweils älteste der übrigen Mitglieder des Gemeindevorstandes vertreten.
- (3) Der Verbandsversammlung obliegt die Beschlussfassung in allen Angelegenheiten des Gemeindeverbandes, die nicht vom Verbandsobmann zu besorgen sind. Jedenfalls zuständig ist sie für:
 - a) Die Wahl des Verbands-Obmannes und seines Stellvertreters,
 - b) die Wahl der Mitglieder des Verbandsausschusses,
 - c) die Erlassung und die Änderung der Satzung nach Maßgabe des § 133 Abs. 2 TGO 2001,
 - d) die Festsetzung des Voranschlages und die Beschlussfassung über den Rechnungsabschluss,
 - e) die Wahl der Mitglieder des Überprüfungsausschusses,
 - f) die Beschlussfassung darüber, ob Vorauszahlungen nach § 141 Abs. 4 TGO 2001 zu entrichten sind. Ebenso darüber, in welcher Höhe, in welcher Anzahl und mit welcher Fälligkeit solche Vorauszahlungen vorgeschrieben werden.
- (4) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen wurden und der Verbandsobmann oder sein Stellvertreter und insgesamt mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Wird diese Anzahl nicht erreicht, so ist innerhalb von zwei Wochen eine weitere Sitzung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig ist. Zu einem gültigen Beschluss und zu einer gültigen Wahl ist die Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder erforderlich.
- (5) Die Verbandsversammlung kann mit Ausnahme der in Abs. 3 lit. a) bis f) genannten Angelegenheiten die Beschlussfassung zu den nachfolgend genannten Angelegenheiten des Gemeindeverbandes dem Verbandsausschuss übertragen:
Entscheidung über die Begründung oder Beendigung von Dienst-, Arbeits- und Ausbildungsverhältnissen.

§ 3 Verbandsausschuss

(1) Der Verbandsausschuss besteht aus dem Verbandsobmann, seinem Stellvertreter und acht weiteren Mitgliedern. Vier Ausschussmitglieder werden auf Vorschlag der Bürgermeister aus dem Bezirk Landeck aus ihrer Mitte gewählt, vier Ausschussmitglieder werden auf Vorschlag der Bürgermeister aus dem Bezirk Imst aus ihrer Mitte gewählt. Die Mitglieder werden jeweils auf sechs Jahre gewählt. Für jedes Ausschussmitglied – mit Ausnahme des Obmanns und seines Stellvertreters ist in gleicher Weise ein Ersatzmitglied zu wählen, wobei die Bürgermeister des Bezirkes Landeck aus ihrer Mitte vier Ersatzmitglieder und die Bürgermeister des Bezirkes Imst aus ihrer Mitte vier Ersatzmitglieder, wiederum jeweils auf sechs Jahre, zu wählen haben.

(2) Dem Verbandsausschuss obliegen:

- a) die Vorberatung und Antragstellung in allen der Verbandsversammlung obliegenden Angelegenheiten und
- b) die Beschlussfassung in den Angelegenheiten, welche ihm von der Verbandsversammlung übertragen wurden.

(3) Der Verbandsausschuss ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen wurden und der Verbandsobmann oder sein Stellvertreter und so viele Mitglieder anwesend sind, dass die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder mindestens fünf beträgt. Zu einem gültigen Beschluss des Verbandsausschusses ist eine Mehrheit von drei Viertel (3/4) der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erforderlich.

§ 4 Verbandsobmann

(1) Dem Verbandsobmann obliegen:

- a) die Einberufung der Verbandsversammlung und des Verbandsausschusses,
- b) der Vorsitz in der Verbandsversammlung und im Verbandsausschuss,
- c) die Vollziehung der Beschlüsse der Verbandsversammlung und des Verbandsausschusses sowie die Besorgung aller zur laufenden Geschäftsführung gehörenden Angelegenheiten,
- d) die Vertretung des Gemeindeverbandes nach außen. In Angelegenheiten, in denen die Beschlussfassung der Verbandsversammlung oder dem Verbandsausschuss obliegt, jedoch nur im Rahmen entsprechender Beschlüsse,
- e) die Leitung der Geschäftsstelle des Gemeindeverbandes,
- f) die Erstellung des Entwurfes des Voranschlages und die Erstellung des Rechnungsabschlusses sowie deren Vorlage an die Verbandsversammlung.

§ 5 Geschäftsstelle

Zur Unterstützung der Organe des Gemeindeverbandes ist eine Geschäftsstelle einzurichten. Ist ein Bürgermeister der verbandsangehörenden Gemeinden Verbandsobmann, so gilt für die Festlegung der Geschäftsstelle, dass diese im Gemeindeamt des jeweiligen Bürgermeisters und in allen übrigen Fällen bei der Gemeinde Zams einzurichten ist.

§ 6 Überprüfungsausschuss

Der Überprüfungsausschuss besteht aus drei Mitgliedern, welche Mitglieder des Gemeinderates der jeweiligen Verbandsgemeinden sein müssen. Sie sollten aus unterschiedlichen Verbandsgemeinden stammen. Die Mitglieder werden auf 6 Jahre gewählt. Für jedes Mitglied ist ein Ersatzmitglied zu wählen, wobei diese ebenso Mitglieder des Gemeinderates der jeweiligen Verbandsgemeinden sein müssen. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des § 138 TGO 2001.

Aufbringung der Mittel

Zur Deckung des durch Einnahmen nicht gedeckten Aufwandes, der dem Verband aus der Erfüllung seiner Aufgaben erwächst, haben die Verbandsgemeinden an den Verband folgende Beiträge zu leisten:

- (1) Investitionsbeiträge zur Deckung des Aufwandes für die Errichtung und Erweiterung der Verbandsanlage. Unter Errichtungsaufwand sind zu verstehen: die Kosten für einen allfälligen Grunderwerb, die Planung und die Baukosten, sowohl bei der Ersteinrichtung der Verbandsanlagen als auch für laufende Erweiterungsbaumaßnahmen.
- (2) Schuldendienstbeiträge zur Deckung des Aufwandes für die Beschaffung, die Verzinsung und Rückzahlung der Finanzierung des Errichtungsaufwandes nach (1) aufgenommenen Darlehen sowie der Aufwand für die Bildung allfälliger Rücklagen.
- (3) Betriebsbeiträge zur Deckung des Aufwandes des Verbandes für die Verbandsverwaltung, für den Betrieb und die Erhaltung der Verbandsanlagen.

A) Für den Verwendungszweck Förderung des Krankenhaus St. Vinzenz, Zams, nach Pkt. I Abs. 4 lit. b) der Vereinbarung gilt:

Die Beiträge gem. (1), (2) und (3) sind von den dem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden unter sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen des § 5 Abs. 2) des Tiroler Gesundheitsfondsgesetz TGFG i.V.m § 21 Abs. 5 Tiroler Mindestsicherungsgesetz TMSG LGBl.Nr. 99/2010 aufzubringen (Berechnung nach Finanzkraft II).

B) Für den Verwendungszweck Übergangspflegeeinrichtung nach Pkt. I Abs. 4 lit. c) der Vereinbarung gilt:

Die Beiträge gem. (1) und (2) sind von den dem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden unter sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen des § 5 Abs. 2) des Tiroler Gesundheitsfondsgesetz TGFG i.V.m § 21 Abs. 5 Tiroler Mindestsicherungsgesetz TMSG LGBl.Nr. 99/2010 aufzubringen (Berechnung nach Finanzkraft II).

Die durch Einnahmen nicht gedeckten Betriebsbeiträge gem. (3) sind von den dem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden im Verhältnis der erzielten Belegstage der Bewohner der Verbandsgemeinden auf zu teilen. Zahlungspflichtig sind jene Verbandsgemeinden, in denen die Bewohner unmittelbar vor ihrer Aufnahme ihren ordentlichen Wohnsitz hatten.

C) Für den Verwendungszweck Schwerpunktpflegeeinrichtung nach Pkt. I Abs. 4 lit. c) der Vereinbarung gilt:

Die Beiträge gem. (1), (2) und (3) sind von den dem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden unter sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen des § 5 Abs. 2) des Tiroler Gesundheitsfondsgesetz TGFG i.V.m § 21 Abs. 5 Tiroler Mindestsicherungsgesetz TMSG LGBl.Nr. 99/2010 aufzubringen (Berechnung nach Finanzkraft II).

§ 8

Überschuss

An einem allfälligen Überschuss des Gemeindeverbandes sind die verbandsangehörigen Gemeinden nach dem Verhältnis der für das jeweilige Betriebsjahr geltenden Finanzkraft II beteiligt.

§ 9

Haftung

Dritten gegenüber haften die dem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden für dessen Verbindlichkeiten zu ungeteilten Hand.

Untereinander haften die dem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden im Verhältnis ihrer jeweiligen Beitragspflicht unter sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen des § 5

Abs. 2) des Tiroler Gesundheitsfondsgesetz TGFG, LGBl.Nr. 2/2006 i.V.m § 21 Abs. 5 Tiroler Mindestsicherungsgesetz TMSG LGBl.Nr. 99/2010 (Berechnung nach Finanzkraft II).

§ 10

Nachträglicher Beitritt

Ein Beitritt bedarf eines zustimmenden Beschlusses der Verbandsversammlung. Tritt eine Gemeinde nachträglich in den Gemeindeverband ein, so hat sie vom Tag ihres Eintrittes an, Beiträge nach § 7 zu leisten. Wird der Beitritt nicht mit dem Beginn eines Kalenderjahres wirksam, so hat die Gemeinde die Beiträge aliquot auf Basis des Kalenderjahres zu leisten. Dabei gilt, dass jedes angefangene Monat als volles Monat verrechnet wird. Außerdem hat eine eintretende Gemeinde dem Gemeindeverband einen Beitrag (zu dem vor ihrem Eintritt entstandenen Aufwand für Investitionen) zu leisten.

§ 11

Ausscheiden

Scheidet eine Gemeinde aus dem Gemeindeverband aus, so hat sie keinen wie immer gearteten Anspruch auf Erstattung der von ihr eingebrachten Leistungen und verfällt ihr geleisteter Vermögensanteil zugunsten der im Gemeindeverband verbleibenden Gemeinden. Die ausscheidende Gemeinde hat außerdem dem Verband allfällige aus dem Austritt herrührende Kosten vollumfänglich zu ersetzen.

§ 12

Auflösung und Verwendung des Vermögens

Im Falle der Auflösung des Gemeindeverbandes gelten die einschlägigen Bestimmungen des § 141 Abs. 5 TGO 2001. Ein allenfalls verbleibendes Vermögen – sollte dies nicht auf einen Nachfolge-Gemeindeverband übertragen werden, ist auf die verbandsangehörigen Gemeinden in jenem Verhältnis aufzuteilen, in dem sie zur Bildung des Vermögens beigetragen haben.

§ 13

Aufnahme von zu pflegenden Personen

- (1) Grundsätzlich sind Aufnahmebewerbungen von Gemeindebürgern aus den Verbandsgemeinden zu bevorzugen. Sollten mehrere Ansuchen um Aufnahme aus den Verbandsgemeinden vorliegen und nicht genügend Platz vorhanden sein, ist bei Freiwerden eines Heimplatzes jener Person mit der höheren Pflegebedürftigkeit der Vorzug zu geben. Im Zweifelsfall hat die Heimleitung diesbezüglich das Einvernehmen mit den betroffenen Verbandsbürgermeistern herzustellen.
- (2) Sollten die Heimplätze mit Bewohnern aus den Verbandsgemeinden nicht voll ausgelastet sein bzw. werden, können auch Bewohner aus Fremdgemeinden aufgenommen werden.
- (3) Über Ansuchen um Aufnahme entscheidet die Heimleitung.

§ 14

Allgemeine Bestimmungen

Soweit gesetzlich nichts anders bestimmt ist, gelten die Bestimmungen der Tiroler Gemeindeordnung 2001 – TGO 2001 sinngemäß.

§ 15

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit dem Tag der Genehmigung durch die Tiroler Landesregierung in Kraft.

5. Beratung und Beschlussfassung zum Zuschussvertrag zur Verlustabdeckung der Linie 5 (VVT)

Der Bürgermeister erläutert dem GR. aufgrund einer Besprechung in der Stadtgemeinde Landeck vom 1.2.2019 die Sachlage. Grund dafür ist, dass das Verkehrsunternehmen SAD Austria (vormals LVB-Kienzl) erbringt im Stadtverkehr

- Landeck Mehrleistungen, welche nicht vertraglich geregelt sind. Diese Mehrleistungen sollen nun rückwirkend ab dem Jahr 2018 vertraglich geregelt werden. Das Verkehrsunternehmen SAD hat hierfür eine Auflistung der Mehrleistungen zur Prüfung vorgelegt. Demnach sind auf der Linie Strengen – Pians – Landeck 4.170,10 Mehrkilometer angefallen. Dies ein Kostenausmaß in Höhe von € 3.652,92 für Strengen bedeutet. Dahingehend wurde dieser jetzt vorliegende Zuschussvertrag zur Verlustabdeckung ausgearbeitet.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig diesem Zuschussvertrag zuzustimmen und dies so zu erledigen.

Zuschussvertrag zur Verlustabdeckung

abgeschlossen zwischen der Verkehrsverbund Tirol GesmbH, FN 193350 p
vertreten durch den Geschäftsführer Dr. Alexander Jug
Sterzinger Straße 3
6020 Innsbruck
(in der Folge „VTG“)

und der
Gemeinde Strengen
vertreten durch Bürgermeister Ing. Harald Sieß
Dorf 12a
6571 Strengen
(in der Folge „Gemeinde“)

I. Präambel

- (1) Die VTG ist Koordinationsstelle für Tarif-, Fahrplan- und Infrastrukturgestaltung im Tiroler Nahverkehr und verfolgt als solche insbesondere das Ziel, ein bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Angebot im öffentlichen Nahverkehr in Tirol sicher zu stellen.

Im Rahmen der „**Erweiterungen Stadtverkehr Landeck – Linie 5**“ wurde von der VTG mit einem (oder mehreren) Verkehrsunternehmen ein Verkehrsdienstvertrag (in der Folge „VDV“) abgeschlossen. Gegenstand des VDV ist die Erbringung von Verkehrsleistungen durch das (die) Verkehrsunternehmen für die VTG während der Laufzeit des VDV.

Die dadurch entstehende Verkehrsinfrastruktur (Beilage ./1) liegt im öffentlichen Interesse und kann trotz größter Bemühungen nicht kostendeckend auf Grundlage marktüblicher Fahrgelder betrieben werden.

- (2) Die im Rahmen des VDV durch das (die) Verkehrsunternehmen zu erbringenden Verkehrsdienstleistungen betreffen auch das Gemeindegebiet der Gemeinde. Die Gemeinde beabsichtigt in ihrem Gemeindegebiet den öffentlichen Nahverkehr zu bezuschussen. Damit sollen Unkosten der VTG iSe Verlustabdeckung gedeckt werden. Der Zuschuss richtet sich als Zuschuss zu einem Verkehrsverbund iSd Punktes 1.1.1.9.4. der Umsatzsteuerrichtlinie 2000 seiner Höhe nach nach dem Geldbedarf der VTG als Zuschussempfänger und steht nicht mit bestimmten Umsätzen in einem Zusammenhang.
- (3) Die Gemeinde erklärt sich bereit, einen Zuschuss zur Verlustabdeckung iSd Sicherstellung der Verkehrsinfrastruktur (Beilage/1) gem. nachfolgenden Bestimmungen zu leisten.

II. Vertragsgegenstand

- (1) Vertragsgegenstand sind Zuschüsse zur Verlustabdeckung (in der Folge „Zuschuss“) durch die Gemeinde zur Förderung des öffentlichen Nahverkehrs.

- (2) Der voraussichtliche jährliche **Zuschuss** wurde von der VTG in Höhe von € 3.652,92 (in Worten: EURO Dreitausendsechshundertzweiundfünfzig Komma Zweiundneunzig) auf Basis des Gesamtangebotspreises ermittelt. Für den Zeitraum zwischen dem 01.01.2021 – und dem 30.04.2021 ist ein aliquoter Zuschuss zu leisten.
- (3) Der Zuschuss wird auf Preisbasis 2019 festgelegt. Der Zuschuss wird jeweils mit 01.01. jährlich wertangepasst. Die Wertanpassung erfolgt entsprechend der Steigerung des Verbraucherpreisindex 2015 (VPI 2015) oder eines entsprechenden Nachfolgeindex. Die Berechnung erfolgt in der Weise, dass die jeweils von der Statistik Austria veröffentlichte endgültige durchschnittliche prozentuelle Steigerung des Verbraucherpreisindex herangezogen wird und der Zuschuss vor Abzug der Subvention des Land Tirols um jenen Prozentsatz erhöht wird. Zur Berechnung wird die Tabelle „VPI aktuelle Werte“ herangezogen, wobei die Spalte „% zu Vorjahr“ und hier jeweils die Zeile zum Durchschnitt im jeweiligen Jahr (zB „Ø 19“) heranzuziehen ist. Dies bedeutet, dass für die erstmalige Wertanpassung im Jahr 2020 die durchschnittliche prozentuelle Indexsteigerung 2019 („Ø 19“) angewendet wird.
- (4) Die Zahlung des Zuschusses zur Verlustabdeckung erfolgt dergestalt, dass die Gemeinde je ein Zwölftel des anfallenden Zuschusses zur Verlustabdeckung bis zum 5. eines jeden Monats gegen Vorlage einer Zuschussanforderung an die VTG bezahlt. Diese Zahlungsmodalität gilt auch in den folgenden Jahren.
- (5) Die Gemeinde erklärt mit der Unterfertigung des Zuschussvertrages zur Verlustabdeckung, dass der Zuschuss für die gesamte Vertragslaufzeit sichergestellt ist.
- (6) Die Vertragsparteien stellen klar, dass dem Zuschuss der Gemeinde in Bezug auf die von der VTG erbrachten Verkehrsinfrastrukturleistungen kein Gegenleistungscharakter zukommt. Die VTG hat die gemäß VDV durch das (die) Verkehrsunternehmen zu erbringenden Verkehrsdienstleistungen unabhängig von allfälligen Bezuschussungen zu beauftragen. Insbesondere bewirken auch Leistungsänderungen der VTG keine betraglichen oder sonstigen Auswirkungen auf den Zuschussvertrag zur Verlustabdeckung. Die Gemeinde möchte mit ihrem Zuschuss die VTG lediglich bei der Erbringung von Verkehrsinfrastrukturleistungen in ihrem Wirkungsbereich echt bezuschussen und den unvermeidlich auftretenden finanziellen Abgang ohne Anspruch auf eine unmittelbare Gegenleistung teilweise abdecken.

III. Förderungen

- (1) Soweit für die von diesem Vertrag umfassten Verkehrsdienstleistungen Bundesförderungsmittel nach dem ÖPNRV-G gewährt werden, schmälern diese Bundesförderungsmittel in jenem Umfang, in dem sie der VTG zufließen, den von der Gemeinde zu tragenden Zuschuss zur Verlustabdeckung. Der VTG steht es dabei frei, entweder diese Fördermittel direkt mit der Gemeinde zu verrechnen oder nach Zahlung des Zuschusses zur Verlustabdeckung durch die Gemeinde an die Gemeinde auszubehalten. Hiermit ermächtigt die Gemeinde die VTG Bundesförderungsmittel beim Bund für die vertragsgegenständlichen Verkehrsdienstleistungen zu beantragen und weiter die Auszahlung allfälliger Fördergelder an die VTG zu fordern.

- (2) Die Gemeinde selbst verpflichtet sich, um Bundesfördermittel nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) zu erhalten, die Verkehrsdienstleistung im Rahmen der „Erweiterung Stadtverkehr Landeck“ gemäß § 30a ÖPNRV-G 1999 in der hierfür vorgesehenen Transparenzdatenbank zu melden und eine allfällige Finanzausweisung in den Öffentlichen Personennahverkehr einzubringen. Die Gemeinde verpflichtet sich für den Fall, dass sich die Modalitäten zur Gewährung/Ansuchung von Bundesfördermittel nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) ändern, diese zu beachten.
- (3) Das Land Tirol – als Eigentümer der VTG – hat sich bereit erklärt, für die Dauer dieses Vertrages zum Zuschuss der Gemeinde gemäß Punkt II. Abs. (2) einen jährlichen Finanzierungsbeitrag in Höhe von € 1.217,64 (in Worten: EURO Eintausendzweihundertsiebzehn Komma Vierundsechzig) zu leisten. Das Land Tirol wird diesen Betrag direkt an die VTG ausbezahlen, wobei dieser Betrag in jenem Umfang, in dem er der VTG zufließt, den von der Gemeinde zu tragenden Zuschuss gemäß Punkt II. Abs. (2) schmälert. Es erfolgt keine Wertanpassung dieses Finanzierungsbeitrages. Festgehalten wird, dass der oben angeführte Finanzierungsbeitrag zum Zuschuss der Gemeinde nicht gesondert überwiesen wird, sondern bereits in der Finanzierung des Landes Tirol – als Eigentümer der VTG – berücksichtigt ist. Es besteht somit auch kein Anspruch auf direkte Ausbezahlung durch das Land Tirol bzw die VTG des oben angeführten Finanzierungsbeitrages der Gemeinde.

IV. Vertragslaufzeit

- (1) Der Vertrag tritt mit 01.01.2019 in Kraft und endet mit 01.04.2021, ohne dass es einer darauf gerichteten Erklärung eines Vertragspartners bedarf.
- (2) Für den Fall, dass nach Ende der regulären Vertragslaufzeit die Notwendigkeit einer Verlängerung dieses Vertrages für einen Zeitraum von maximal 6 Monaten bestehen sollte, werden sich die Vertragspartner des Zuschussvertrages zur Verlustabdeckung um eine einvernehmliche Übergangsregelung bemühen.
- (3) Die **Zahlungsverpflichtung der Gemeinde** gem. Punkt II Abs. (2) beginnt mit 01.01.2019.
- (4) Die Vertragspartner sind berechtigt, den Zuschussvertrag zur Verlustabdeckung aus **wichtigem Grund** mit sofortiger Wirkung (teilweise) aufzulösen. Wichtige Kündigungsgründe, welche zur Kündigung mit sofortiger Wirkung berechtigen, sind insbesondere:
- a) die Verletzung von wesentlichen Vertragsbestimmungen des Zuschussvertrages zur Verlustabdeckung;
 - b) eine gänzliche oder teilweise Auflösung des VDV aus welchem Grund auch immer.

V. Haftung

- (1) Der im Rahmen dieses Vertrages zu gewährende Zuschuss und die zu erbringenden Verkehrsdienstleistungen stehen in keinerlei unmittelbarem Gegenleistungsverhältnis. Die VTG

übernimmt gegenüber der Gemeinde demgemäß keine Haftung für die ordnungsgemäße Durchführung der Verkehrsinfrastrukturleistungen durch das (die) von ihr beauftragte(n) Verkehrsunternehmen.

- (2) Die Gemeinde haftet für die vertragskonforme Erfüllung des Zuschussvertrages zur Verlustabdeckung und für alle Schäden, die daraus erwachsen und von ihr zu verantworten sind. Wird die VTG für Schäden in Anspruch genommen, die aus der Verletzung von wesentlichen Vertragsbestimmungen – insbesondere durch einen Zahlungsverzug – entstehen bzw. entstanden sind, wird die Gemeinde die VTG schad- und klaglos halten.
- (3) Die VTG übernimmt weiter keine Haftung für die Beantragung von Bundesförderungsmittel und deren Auszahlung oder für die Auszahlung der Landesförderungsmittel.

VI. Kontrollrechte

- (1) Die Gemeinde ist berechtigt, bei der VTG die jeweils ihn/sie betreffenden Unterlagen bei entsprechender schriftlicher Voranmeldung von mindestens einer Woche einzusehen, soweit diese Unterlagen zur Überprüfung der Einhaltung der Pflichten der VTG nach diesem Vertrag erforderlich sind.
- (2) Die VTG ist ihrerseits berechtigt, bei der Gemeinde all jene Unterlagen einzusehen, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Pflichten der Gemeinde nach diesem Vertrag zu überprüfen.
- (3) Die jeweiligen Einsichtnahmen können entweder durch einen Mitarbeiter der jeweiligen Vertragspartei oder durch einen zur beruflichen Verschwiegenheit verpflichteten Wirtschaftstreuhänder erfolgen. Ein mit der Einsichtnahme beauftragter Wirtschaftstreuhänder hat eine schriftliche Vollmacht, aus der sich eindeutig die Bevollmächtigung zur Einsichtnahme zum entsprechenden Zeitpunkt ergibt, vorzuweisen.
- (4) Die Kosten für die jeweilige Einsichtnahme trägt die Vertragspartei, die sie vornimmt bzw. veranlasst.

VII. Sonstiges

- (1) Die Gemeinde verzichtet auf eine allfällige Anfechtung der Vereinbarung wegen Irrtums.
- (2) Die Vertragspartner gehen davon aus, dass es sich bei dem Zuschussvertrag zur Verlustabdeckung durch die Gemeinde um echte, nicht umsatzsteuerbare Zuschüsse im Sinne der UStR 2000 GZ. 09 4501/58-IV/9/00 idF GZ BMF-010219/0440-VI/4/2016 vom 14.12.2016 Z 1.1.1.9.4 handelt. Sollten entgegen dieser Ansicht die von der Gemeinde zu leistenden Beträge dennoch der Umsatzsteuer unterliegen, verpflichtet sich diese/r, die jeweils anfallende Umsatzsteuer an die VTG zu zahlen und mit den monatlichen Zahlungen an die VTG zu überweisen. Im Falle nachträglicher Umsatzsteuerbarkeit wird die Gemeinde nach

Vorschreibung durch die VTG die Umsatzsteuer binnen 10 Tagen gegen Vorlage einer Rechnung überweisen. Zur Klarstellung wird festgehalten, dass es sich bei der gegenständlichen Verlustabdeckung um einen Nettobetrag handelt.

- (3) Die Gemeinde sichert zu, dass ausgenommen von allfälligen Fördermittel des Landes Tirol oder des Bundes der gegenständliche Zuschuss nicht durch Zahlungen von Dritten (insbesondere natürlichen oder juristischen Personen des Privatrechts) direkt an die Gemeinde gegenfinanziert wird.
- (4) Änderungen oder Ergänzungen dieses Zuschussvertrages zur Verlustabdeckung bedürfen der Schriftform und sind nur dann gültig, wenn sie in einer einheitlichen von den Vertragspartnern unterfertigten Urkunde vorgenommen werden. Dies gilt auch für ein Abgehen von diesem Schriftformerfordernis. Mündliche Nebenabreden wurden nicht getroffen.
- (5) Durch die Unwirksamkeit oder Ungültigkeit einzelner Vertragspunkte oder von Teilen derselben wird die Wirksamkeit oder Gültigkeit des restlichen Zuschussvertrages zur Verlustabdeckung nicht berührt. Die Vertragspartner verpflichten sich in diesem Fall, anstelle der unwirksamen oder ungültigen Vertragspunkte bzw. -teile solche zu vereinbaren, die im wirtschaftlichen Ergebnis den ungültigen Bestimmungen möglichst nahekommen.
- (6) Im Streitfall ist die Gemeinde nicht berechtigt, die Leistungen aus diesem Zuschussvertrag zur Verlustabdeckung einzustellen.
- (7) Sämtliche Beilagen bilden einen integrierenden Bestandteil dieses Vertrages.
- (8) Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten in oder im Zusammenhang mit diesem Zuschussvertrag zur Verlustabdeckung ist das sachlich zuständige Gericht in Innsbruck und es gilt ausschließlich österreichisches materielles Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.
- (9) Von diesem Zuschussvertrag zur Verlustabdeckung werden zwei Exemplare errichtet, wobei jede Vertragspartei ein Exemplar erhält.

VIII. Datum und Unterschrift

Innsbruck, am
Für die Verkehrsverbund Tirol GesmbH:

.....
Dr. Alexander Jug

Strengen, am
Für die Gemeinde Strengen:

.....
Bürgermeister Ing. Harald Sieß

.....
Mitglied des Gemeindevorstands

.....
Mitglied des Gemeindevorstands

6. Beratung zum Ansuchen über Grundkauf einer Teilfläche aus der Gp.2430/1 im Bereich, Klaus

Der Bürgermeister informiert den Gemeinderat über den angesuchten Grundkauf von Wiestner Bruno Klaus. Dies ist notwendig da ein Zubau an seinen bestehenden Wohnhaus durch seine Tochter Marianne Wiestner ein Zubau geplant ist. Dazu wurde ein Vorausesemplar durch Vermessungsbüro Stürz vorgelegt. Das Ausmaß der notwendigen Fläche aus der Gp.2430/1 Eigentümer Gemeindegutsagrargemeinschaft beträgt 97 m², damit alle Vorgaben der TBO wie Abstände usw. eingehalten werden können. erfüllt werden können. Zwischenzeitlich sind auch Planunterlagen von Family Haus GF Jürgen Hiesel als Entwurf bei der Gemeinde vorliegend.

Der Gemeinderat stimmt dem Grundverkauf aus der Gp.2430/1 von der Gemeindegutsagrargemeinschaft Strengen im Ausmaß der TF 1 von 97 m² einstimmig zu.

Der Grundpreis beträgt € 30,00/m² incl.Mwst.

7. Beratung und Beschlussfassung zur Auflage und Erlassung der angesuchten Flächenwidmungsplanänderung im Bereich der Gp.955, Brunnen

Der Bürgermeister bringt dem Gemeinderat die Sachlage zur Kenntnis. Aufgrund eines geplanten Um- bzw. Zubaus ist dies notwendig.

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Strengen **einstimmig** gemäß § 71 Abs. 1 und § 64 Abs. 1 Tiroler Raumordnungsgesetz 2016 – TROG 2016, LGBl. Nr. 101, den vom Planungsbüro Proalp ausgearbeiteten Entwurf vom 25. Feber 2019, mit der Planungsnummer 627-2019-00001, über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde im Bereich der Gp.955; KG 84014 Strengen ist **durch 4 Wochen hindurch**

vom 19.03.2019 bis 16.04.2019

zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Der Entwurf sieht folgende Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde vor:

Umwidmung

Grundstück **955 KG 84014 Strengen**
rund 14 m²
von Freiland § 41 in
landwirtschaftliches Mischgebiet § 40 (5)

Gleichzeitig wird gemäß § 71 Abs. 1 lit. a TROG 2016 der Beschluss über die dem Entwurf entsprechende Änderung des Flächenwidmungsplanes gefasst.

Dieser Beschluss wird jedoch nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

9. Personalangelegenheiten

Die Niederschrift zu dieser Angelegenheit erfolgt in einem eigens geführten Heft.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig für die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt die Öffentlichkeit auszuschließen.

Auf Antrag von GR. Zangerl W. wird folgender Zusatzpunkt einstimmig in die TO aufgenommen.

Zusatzpunkt 1:

Beratung und Beschlussfassung zu dringend notwendigen Sanierungsmaßnahmen Quellfassung Alpe Boden

GR.Zangerl W. teilt dem Gemeinderat mit, dass die Quellfassung und Wasserfassung in der Alpe Boden für unser Kleinkraftwerk, dringend zu sanieren bzw. zu erneuern ist. Diesbezüglich hat er Preisauskünfte von der Firma Stocker GmbH. Technik, 6652 Elbigenalp eingeholt. Dies wird dem GR. aufgrund von Bildmaterial vorgestellt, wie dies sinnvoll wäre. Laut Information des Fachmannes ist die Schüttmenge von 150/Sekundenliter ausreichend für die Dimension unseres Kraftwerkes. Momentan wäre ein guter Zeitpunkt zu dieser Sanierung, da es für solche Investitionen seitens des Landes eine Förderung in Höhe von ca. 40 % gibt. So laut Auskunft von LK Ing. Reinalter Johannes an GR.Zangerl Wolfgang. Dazu müsste über einen Antrag mit Vorlage eines Kostenvoranschlages gestellt werden. Der Bgm. sollte noch mit Senn Ewald abklären inwieweit sie in dieser Angelegenheit schon etwas unternommen haben, da diese Angelegenheit schon einmal im Gemeinderat besprochen wurde. Grund dazu war der Ablauf der Genehmigung für unser Kleinkraftwerk. Die Fa. Stocker wäre auch befugt und bereit für uns die notwendigen Ansuchen, Einreichungen für eine Verlängerung zu erledigen. Sie haben sich aufgrund der hohen Anzahl an solchen Kleinkraftwerken im Umkreis Bezirk Reutte dazu spezialisiert.

Der Gemeinderat ist einstimmig dafür, dies weiter zu verfolgen und die notwendigen Schritte zu dieser Angelegenheit in die Wege zu leiten.

10. Anfragen, Anträge, Allfälliges

- GR.Juen R. teilt dem GR.mit, dass bei der Gemeindestraße Innerberg im Bereich „Gütli“ einen Abbruch aufgrund des Wasserabflusses von der Gemeindestraße festgestellt wurde. Da sollte dringend etwas unternommen werden, damit die Verkehrssicherheit gegeben ist, sowie weitere Schäden eintreten.
- Der Bürgermeister fragt den GR.ob wieder ein Schitag abgehalten werden sollte. Der Gemeinderat ist einstimmig der Meinung, dass wieder ein gemeinsamer Schitag organisiert werden sollte. Als Termin wird der 23.März

2019 vorgeschlagen und so festgelegt. Einladung dazu folgt noch schriftlich durch die Gemeinde.

- GR.Zangerl W. erkundigt sich über die Kosten für den angemieteten Radlader der Fa.Weiskopf Pians. Laut einer vorliegenden Abrechnung in der Zeit vom 10.12.2018 bis 14.01.2019 im Ausmaß von 49 Stunden wurde ein Stundensatz incl. Fahrer mit € 81,60 incl.Mwst.in Rechnung gestellt. Bezüglich dem Stundensatz ohne Fahrer kann keine Auskunft gegeben werden, da dies nicht bekannt ist. Zwischenzeitlich wurde dies durch das Gemeindeamt (Amtsleitung) schriftlich eingefordert und liegt seit 14.03.2019 vor. Preis ohne Fahrer € 33,60 incl.Mwst. Die Abrechnung dazu für den restlichen Winter sollte demnächst durch Bekanntgabe der Betriebsstunden an die Fa.Weiskopf durch den Bauhofleiter erfolgen.

Weitere Wortmeldungen werden nicht mehr vorgebracht.

f.d.R.d.P.Senn Martin